

Das digitale Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Juni 2023

**ASYLPLÄNE DER EU
MEINE EINSCHÄTZUNG**

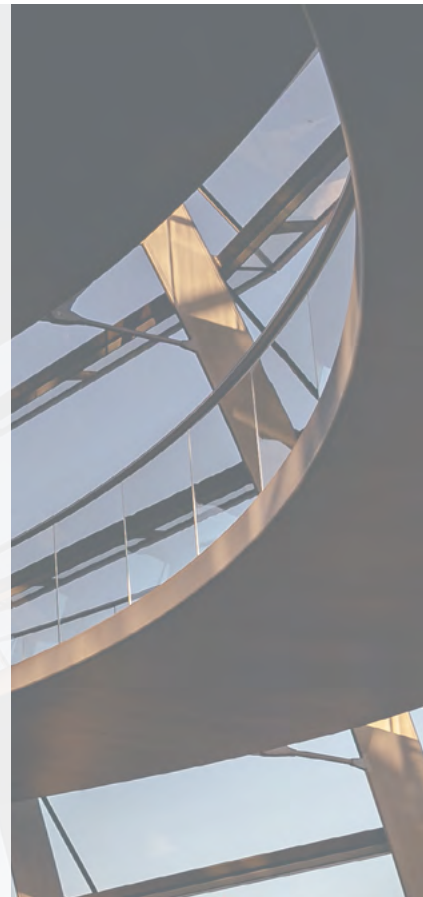
**EIN TAG BEI DER FRANKFURTER
BERUFSFEUERWEHR
BERICHT VON MEINEM
WAHLKREISPRAKTIKUM**

**DIE EZB UND DER STANDORT FRANKFURT
EINE SYMBIOSE**

INHALTSVERZEICHNIS

Juni 2023

Editorial	02
Asylpläne der EU Meine Einschätzung	03
Frühlingstour 2023 Eindrücke aus dem Wahlkreis	04
Nix geerbt - und jetzt? Mein Beitrag auf der re:publica	06
Ein Tag bei der Frankfurter Feuerwehr Bericht von meinem Wahlkreispraktikum	07
Die besten Kräfte für Hessen Der Landesparteitag 2023	08
Mein Beitrag zur KI-Regulierung Auszug aus meinem Beitrag im Meinungsbarometer	09
Unsere Schritte für bessere Finanzbildung Mein Kommentar	10
Die EZB und der Standort Frankfurt - eine Symbiose Zum 25. Jubiläum der Europäischen Zentralbank	11



11

25 Jahre
Europäische Zentralbank

ASYLPLÄNE DER EU MEINE EINSCHÄTZUNG



Anfang Juni erreichten die EU-Innenminister*innen nach langen Verhandlungen eine Einigung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS). Zentral sind dabei insbesondere die Etablierung eines Verteilungsschlüssels zwischen den EU-Staaten für anerkannte Asylsuchende sowie die Einführung sogenannter schneller „Grenzverfahren“. Dabei sollen die Asylsuchenden direkt an der EU-Außengrenze innerhalb von maximal zwölf Wochen ein Vorverfahren durchlaufen. Bis zur Entscheidung dürfen sie das EU-Territorium nicht betreten, sondern werden in geschlossenen „Asylzentren“ an der Außengrenze untergebracht.

Die Einigung der EU-Innenminister*innen ist aus meiner Sicht in weiten Teilen leider ein harter Kompromiss mit wenigen, aber wichtigen Erfolgen. Ich bin zunächst froh, dass es überhaupt eine Einigung gibt,

denn ein noch weiteres Auseinanderdriften der europäischen Staaten bis hin zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum wäre eine politische Katastrophe. Auch die Tatsache, dass im Rahmen der Einigung endlich ein Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge vereinbart worden ist, ist ein großer Erfolg - nicht zuletzt weil er eine Entlastung für unsere Kommunen bedeutet.

Trotzdem ist klar, dass Europa mit diesem Beschluss den Prinzipien nicht genügt, für die es eigentlich stehen muss. Ich habe große Zweifel daran, ob in den „Grenzverfahren“ in geschlossenen Asylzentren die Rechte der Asylsuchenden umfassend gewahrt bleiben können. Auch die Zugeständnisse an Staaten, die national ein noch restriktiveres Einwanderungsregime umsetzen wollen, gehen aus meiner Sicht zu weit.

Im nun anstehenden Trilog-Verfahren zur konkreten Umsetzung sind mir

besonders drei Punkte wichtig:

- 1.** Wir müssen regeln, dass unbegleitete Minderjährige nicht in den Asylzentren untergebracht werden, sondern zunächst in die EU-Staaten einreisen können und eine angemessene Versorgung erhalten.
- 2.** Bei abgelehnten Asylanträgen brauchen wir Klarheit in der Frage, unter welchen Umständen die Asylsuchenden in welche Drittstaaten zurückgewiesen werden dürfen.
- 3.** Auch im beschleunigten Grenzverfahren muss der Zugang der Asylsuchenden zum Rechtsschutz garantiert sein.

Ich werde die Verhandlungen um die konkrete Ausgestaltung des EU-Asylsystems weiter aktiv begleiten. Auch in stürmischen Zeiten muss Europa prinzipienfest bleiben.



FRÜHLINGSTOUR 2023

Ich war wieder in meinem Wahlkreis unterwegs! Mir ist der persönliche direkte Kontakt zu den Menschen in meinem Wahlkreis besonders wichtig, deshalb organisiere ich einmal im Quartal eine Tour mit Frühverteilungen und Infoständen in verschiedenen Stadtteilen im Wahlkreis. Ich möchte mich mit den Bürger*innen darüber austauschen, was sie aktuell umtreibt und welche

Themen sie schwerpunktmäßig bewegen, außerdem möchte ich über meine politische Arbeit in Berlin informieren.

Bei meiner Frühlingstour war ich im Dornbusch, in Eschersheim, Rödelheim, Heddernheim, Bockenheim, Hausen, im Gallus und in der Nordweststadt unterwegs. Das Thema, was die Bürger*innen mit Abstand am meisten beschäftigte, war der

Entwurf des geplanten Gebäudeenergiegesetzes, bei dem ich viele Kritikpunkte der Verbraucher*innen gut nachvollziehen kann. Umso glücklicher bin ich, dass die Koalition nun Nachbesserungen beschlossen hat.

Ich freue mich, wenn Sie bei meiner nächsten Wahlkreistour im Sommer an einem der Stände vorbeikommen



FRÜHLINGSTOUR IN BILDERN



NIX GEERBT - UND JETZT? MEIN BEITRAG AUF DER RE:PUBLICA

Mit dieser Frage haben wir uns bei der diesjährigen re:publica beschäftigt. Martyna Linartas, Michael Bohmeyer, Melanie Stein und ich haben dabei nach Lösungen für die Vermögensungleichheit in Deutschland gesucht. Denn: Es wird Zeit, dass wir uns mit diesem wichtigen Thema beschäftigen!

Erbschaften bilden den Hauptgrund für die derzeitige Kluft zwischen Arm und Reich. Reiche Bürger*innen erben das meiste Geld: Fast die Hälfte aller Erbschaften und größeren Schenkungen geht an die oberen 10 Prozent der Bevölkerung, 90 % der Deutschen teilen sich laut DIW den Rest.

Nochmal besonders deutlich wird dabei die Kluft zwischen Ost und West: Eine Person aus Westdeutschland erbt durchschnittlich 92.000€. Eine Person aus Ostdeutschland gerade mal 52.000€. Das hat historische Hintergründe: Nach der Wiedervereinigung gingen 95 % des Staatseigentums der DDR an westdeutsche oder ausländische Investor*innen.

Aber auch andere Gruppen in Deutschland sind beim Thema Erben stark benachteiligt, wie beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund. Frauen erben ebenfalls signifikant seltener.

Ein Vorschlag, den wir dabei diskutiert haben: Das Grunderbe. Also die Schenkung eines Erbes an je-

den jungen Menschen, der die sein ihr 18. Lebensjahr beginnt. Es gibt für das Grunderbe verschiedene Vorschläge: Man könnte ein zweckgebundenes Grunderbe diskutieren. Das wäre dann eine Variante, bei der das Erbe bspw. für Aus- und Weiterbildungen eingesetzt werden kann, oder zum Erwerb von Immobilien.

So oder so: Es muss etwas getan werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich in Sachen Erbschaften sorgt für sozialen Sprengstoff und Spaltung innerhalb unserer Gesellschaft. Diese Ungleichheit birgt eine Gefahr für unsere Demokratie, das müssen wir anerkennen und entsprechend handeln.





EIN TAG BEI DER FRANKFURTER BERUFSFEUERWEHR



Als Abgeordneter ist es mir wichtig, meine Mitbürger*innen im Bundestag zu vertreten, aber auch so oft wie möglich die Menschen in meinem Wahlkreis zu treffen. Seitdem ich als Abgeordneter tätig bin, absolviere ich regelmäßig Praktika in meinem Wahlkreis, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen und ihren Alltag zu erleben. Damit kann ich ihre Probleme und Erwartungen besser verstehen.

Im Juni war ich bei der Frankfurter Feuerwehr. Während dieses

12-Stunden-Dienstes konnte ich sehen, wie vielfältig die Aufgaben der Feuerwehrleute sind. Ich war bei Wasser- und Luftrettungen dabei, habe die zentrale Einsatzplanung gesehen und bin mit dem Feuerwehrwagen mitgefahren. Eines ist klar: Die Arbeit als Feuerwehrmann und -frau ist sehr anspruchsvoll, sowohl physisch als auch psychisch. Sie leisten eine wichtige Arbeit, manchmal unter Einsatz ihres Lebens, um das Leben der Frankfurter zu retten!

In Gesprächen mit den Menschen

vor Ort wurde deutlich, was man sich von der Politik wünscht: Mehr Gestaltungsfreiheit und Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Digitalisierungsdaten. Bürokratie und fehlende Daten, die man teilen kann, stellen oft noch unnötige Hürden dar.

Ein großes Dankeschön an die Frankfurter Feuerwehr, dass sie mich in ihr Team aufgenommen hat! Danke für die unglaubliche Arbeit, die ihr jeden Tag für die Menschen in Frankfurt leistet, und bis bald!

DIE BESTEN KRÄFTE FÜR HESSEN



Am 08. Oktober wählt Hessen einen neuen Landtag. Ich bin zuversichtlich, dass wir als SPD eine echte Chance haben für einen politischen Neustart zu sorgen.

Denn das ist auch bitter nötig: Hessen hinkt in vielen Themen hinterher. Uns fehlen tausende Fachkräfte in Hessen. Der Lehrermangel ist zu einer echten Bedrohung herangewachsen und die Situation in den Krankenhäusern ist nicht zuletzt deswegen so schlecht, weil überall Personal fehlt. Gleichzeitig müssen wir härter gegen die rechte Gewalt in Hessen vorgehen. Denn ein ist klar: die Anschläge der letzten Jahre waren keine Einzelfälle, sondern das

Ergebnis eines strukturellen Problems mit Rechtsextremismus.

Fast ein viertel Jahrhundert CDU-geführte Regierung waren mehr als genug. Die jetzige Landesregierung hat keine Ideen mehr. Sie verwaltet nur noch, anstelle zu gestalten.

Gerade deswegen ist es nicht egal, wer regiert. Hessen braucht einen politischen Neustart mit einer frischen Landesregierung. Auf unserem Parteitag haben wir hierfür den Grundstein gelegt mit einem sehr guten und durchdachten Wahlprogramm und einer Spitzenkandidatin Nancy Faeser.

Ich bin mir sicher, dass Nancy Faeser die richtige ist, um mit den Bau-

stellen der schwarz-grünen Landesregierung aufzuräumen. Mit ihr kommt die geballte Erfahrung aus 18 Jahre Landtag und Ministerposten zusammen. Sie ist diejenige, mit der Hessen wieder nach vorne kommt. Und das zeigt im Übrigen auch ihr sehr gutes Ergebnis von 94,4 Prozent auf dem Parteitag.

Liebe Nancy, ich könnte mir keine bessere Spitzenkandidatin für Hessen vorstellen und freue mich auf einen gemeinsamen Wahlkampf mit dir. Meine Unterstützung hast du.

MEIN BEITRAG ZUR KI-REGULIERUNG

AUSZUG AUS MEINEM INTERVIEW IM MEINUNGSBAROMETER



Ich wurde von der Plattform Meinungsbarometer zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz interviewt. Meine Einschätzung: "Der Europäische AI Act hat die Möglichkeit einen internationalen Goldstandard zu setzen. Allerdings muss in den kommenden Verhandlungen noch an entscheidenden Stellen nachgebessert werden."

Anbei ein Ausschnitt des Interviews:

Für die geplanten EU-Regeln werden KI-Anwendungen in Risikogruppen eingeteilt – wie bewerten Sie diesen Ansatz?

Der risikobasierte Ansatz ist der Kern des Artificial Intelligence Acts (AI Act). Ich bewerte diesen sehr positiv, da er eine zielgerichtete Regulierung ermöglicht. Schätzungen der EU-Kommission zufolge werden 5-15% aller KI-Anwendungen in den Hochrisiko-Bereich fallen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass ca. 85% der KI-Systeme nicht beziehungsweise nur wenig reguliert werden und so genug Raum für Innovationen bleibt.

In den Hochrisiko-Bereich fallen nur KI-Anwendungen, die auch tatsächlich ein hohes Risiko für die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger darstellen. Ein Bereich, der meiner Meinung nach in den Hochrisiko-Bereich fallen muss, ist die Arbeitswelt. Zum Beispiel unterstützen KI-basierte Systeme Recruiter:innen in der Auswahl von passenden Bewerber:innen und Vorgesetzte bei der Leistungsbewertung von Beschäftigten. Hier besteht ein hohes Diskriminierungsrisiko. KI-Systeme reproduzieren naturgemäß die Muster in den zum Training genutzten Datensätzen. Da Frauen und People of Color zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt historisch diskriminiert werden, drohen sich diese Muster zu verstetigen. In einem solchen Fall sind regulatorische Maßnahmen geboten.

Kritiker befürchten, dass insbesondere innovative Start-ups durch die Regulierung gebremst werden könnten. Wie schätzen Sie diese Gefahr ein?

Diese Befürchtung habe ich schon oft

gehört – meistens kommt sie aber aus der Ecke der etablierten Wirtschaft und den Big Tech Unternehmen. Ich schätze diese Gefahr als eher gering ein. Die KI-Regulierung schafft durch klare Regeln Rechtsicherheit für Betriebe. Das ist besonders für KMU und Startups von großer Relevanz, da sie sich keine großen Rechtsabteilungen leisten können, die sie durch potenzielle rechtliche Unsicherheiten navigieren könnten.

Zudem schafft der AI Act Vertrauen in diese eher abstrakte Technologie in der Bevölkerung. Mit dieser Akzeptanz können wir die Nutzung von KI in der Breite der Wirtschaft und Gesellschaft erhöhen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen global stärken. Hier greift auch der sogenannte Brüssel Effekt. Die EU schafft mit dem AI Act einen internationalen Goldstandard an dem sich Unternehmen weltweit orientieren werden, die im europäischen Markt tätig sein möchten.

Das komplette Interview kannst du auf der [Website des Meinungsbarometers](#) nachlesen.



UNSERE SCHRITTE FÜR EINE BESSERE FINANZBILDUNG IN DER BEVÖLKERUNG

„Diese Anlage GARANTIERT Dir hohe Rendite“, „Mit diesem GEHEIMEN und EINFACHEN Tipp ist der Aufbau von Vermögen kinderleicht“, „Wer diese Chance JETZT verpasst, darf sich später nicht ärgern“.

Zugegeben, die hier aufgeführten Beispiele an Content-Überschriften sind fiktiv, weichen aber auch nicht allzu sehr von der Realität ab. Viele, insbesondere jedoch junge Menschen sind tagtäglich mit unseriösen und unrealistischen Finanzversprechen konfrontiert. Besonders im Rahmen des Kryptohypes folgten viele den Sirenenrufen selbsternannter Coaches oder „Finfluencer“ und fielen auf Versprechungen von schnellem Reichtum bei angeblich geringem Anlagerisiko herein. Zwar gibt es durchaus auch seriöse Inhalte, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sah sich jedoch dazu veranlasst, in Bezug auf Anlagetipps in den sozialen Medien „Vorsicht“ als oberstes Gebot zu nennen.

Hinzu kommt: Deutschland werden in Studien regelmäßig Defizite im Bereich der finanziellen Bildung bescheinigt. Dabei sind gerade solche Kompetenzen die Grundlage von informierten Risikoabschätzungen und damit ein wirksames „Gegemittel“ mit Blick auf unseriöse Versprechungen. Daneben eröffnen sich mit dem Wissen über das Funktionieren unseres Wirtschafts- bzw. Finanzsystems eigene Spielräume und Chancen, denn ökonomische Entscheidungen treffen wir spätestens mit dem Erhalt des ersten Taschengelds.

Nicht nur im Sinne eines „Rüstzeugs“ und damit verbunden mit Blick auf den Verbraucherschutz haben wir uns als Ampel-Parteien darauf geeinigt, die finanzielle Bildung in Deutschland zu stärken- mir ist dabei vor allem auch die Gerechtigkeitsperspektive wichtig. Zugang zum Finanzmarkt und damit zu verschiedenen Möglichkeiten zur Vermögensbildung müssen alle gesellschaftlichen Gruppen haben. In der Realität entscheidet darüber jedoch

viel zu oft das Elternhaus darüber oder auch Geschlecht. Eine Stärkung der Finanzbildung trägt somit auch zur Chancengleichheit bei der ökonomischen Teilhabe und zur Gleichberechtigung bei - was dringendst geboten ist.

Jedoch reicht es bei Weitem nicht, nur die Wichtigkeit eines Themas aufzuzeigen, wenn keine konkreten Schritte folgen. Vor diesem Hintergrund haben sich die Ampelparteien darauf geeinigt, eine Finanzbildungsstrategie zu erarbeiten, die Defizite adressiert und relevante Akteure miteinbezieht. Zudem soll eine zentrale Finanzbildungsplattform zur Bündelung von Angeboten entstehen und die Datengrundlage zum Status Quo in diesem Bereich verbessert werden.

Sicher ist: Das kann nur ein Anfang sein, wobei es unbedingt positiv zu bewerten ist, dass die Politik das Thema auf der Agenda hat. Klar ist auch, dass im Rahmen des Bildungsföderalismus die Länder ihren Beitrag leisten müssen.



DIE EZB UND DER STANDORT FRANKFURT EINE SYMBIOSE

In diesem Jahr feiert die Europäische Zentralbank ihr 25-jähriges Bestehen und ich hatte die besondere Ehre an den Feierlichkeiten mit Bundeskanzler Olaf Scholz und EZB-Präsidentin Lagarde teilzunehmen.

Versuch einer Bilanz: Mit dem Euro wurde eines der stärksten Symbole der europäischen Einheit geschaffen. Zweifelsohne: Der Beitritt zum Euroraum ist für viele Länder weiterhin attraktiv - und die gemeinsame Währung für viele Millionen Menschen in den Euro-Ländern bereits fester Teil der Alltagsrealität.

Die EZB ist im Rahmen ihres Mandates für die Geld- bzw. Währungspolitik im Euroraum zuständig - und

dabei von nationalen bzw. europäischen Institutionen unabhängig. Ihre primäre Aufgabe ist die Sicherung der Preisstabilität. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen der letzten Jahre lässt sich festhalten, dass zunächst Jean-Claude Trichet, und darauffolgend Mario Draghi und Christine Lagarde adäquate geldpolitische Antworten auf die Finanzkrise, Staatsschuldenkrise und später die Pandemie gefunden haben.

Sie konnten mit ihren Maßnahmen nicht nur der Institution, sondern auch dem Euro Legitimität und Vertrauen verleihen und die Währungsunion stabilisieren. Der EZB ist es unterm Strich gelungen, den Euroraum zusammenzuhalten - was angesichts der Krisen eine Erfolgsgeschichte ist.

Zurzeit ist die EZB natürlich erneut besonders gefragt. Im Hinblick auf die angestrebte 2%-Inflationsrate ist dies nur allzu offensichtlich. Wieder müssen die richtigen Antworten in der europäischen Geldpolitik gefunden werden, die Leitzinsen sind bereits in mehreren Schritten angehoben worden.

Frankfurt und die EZB gehören zusammen. Dabei ist Frankfurt mehr als nur der offizielle Sitz, sondern für die EZB und ihre Angestellten ein Zuhause geworden. Die Stadt wiederum profitiert von der Präsenz der EZB - wirtschaftlich, kulturell und im Hinblick auf die Reputation. Auf viele weitere gemeinsame Jahre!

“ Liebe Grüße aus
Berlin und bis zum
nächsten Monat!



IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 75492

Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>
Bildnachweise: falls nicht extra
erwähnt: privat, unsplash, Pexels,
David Lewis

Erscheinungsjahr: 2023

Armand Zorn im Web

